

manager magazin am 28.02.2022

Krieg in Ukraine verändert Energiebranche

Abschied vom russischen Gas – wer gewinnt, wer verliert

Was passiert, wenn kein Gas mehr aus Russland strömt? Der Stopp von Nord Stream 2 und die Sanktionen gegen Russland haben das Milliardengeschäft um Europas Energieversorgung neu bestimmt. Einige der größten Gewinner und Verlierer stehen bereits fest.

Von Anna Driftschröer und Kai Lange

Ein Stopp für die Erdgaspipeline Nord Stream 2, ein Ausschluss russischer Banken aus dem Zahlungssystem Swift, 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr, Panzerfäuste und Stinger-Raketen für die Ukraine: Deutschland hat auf den russischen Überfall auf die Ukraine mit Maßnahmen reagiert, die noch vor wenigen Tagen kaum jemand für möglich gehalten hätte.

"Wir müssen die Kraft aufbringen, Kriegstreibern wie Putin Grenzen zu setzen", sagte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am Sonntag. Auf deutsche Unternehmen und Bürger kommen Belastungen zu, ergänzte Finanzminister Christian Lindner (FDP). Doch Deutschland sei bereit, "diese Belastungen zu tragen, denn sie sind der Preis der Freiheit." Und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) wurde konkret: "Wir brauchen Alternativen zum russischen Erdgas, um nicht zum Spielball Russlands zu werden."

Die Abhängigkeit von Russland extrem verringern

Klar ist: Deutschland will seine Abhängigkeit vom russischen Erdgas drastisch verringern, im Extremfall sogar ganz auf das Erdgas des russischen Aggressors Wladimir Putin verzichten. Noch ist das ein Extremszenario, denn aktuell bezieht die Bundesrepublik rund die Hälfte ihres Erdgas-Bedarfs aus Russland.

Noch ist der Ausschluss russischer Banken aus dem Swift-Zahlungssystem so gestaltet, dass es Deutschland weiterhin möglich ist, seine Erdgasrechnungen an Gazprom und Co zu bezahlen. Doch EU-Länder wie Polen fordern bereits, nach Nord Stream 2 auch die Pipeline Nord Stream 1 zuzudrehen.

Erdgas aus Norwegen und Ausbau der Erneuerbaren Energien reichen nicht

Wenn der Konflikt mit Russland weiter eskaliert, werden die Karten im europäischen Energie-Monopoly neu gemischt. Dann wird konkret durchgerechnet, wie eine Energieversorgung in Europa ohne russische Importe funktionieren kann, um nicht zum Spielball des Kriegstreibers Putin zu werden.

Erdgas-Lieferanten wie Norwegen (deckt rund 30 Prozent des deutschen Erdgasbedarfs) oder die Niederlande (13 Prozent) werden die Lücke nicht schließen können, falls Russland ausfällt. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien wird noch einige Jahre dauern: Derzeit decken Wind und Sonnenenergie erst rund 15 Prozent des deutschen Energiebedarfs. Und eine Rückkehr zum Atomstrom ist politisch kaum durchsetzbar.

Flüssiges Erdgas soll die Lücke füllen

Deutschland ist also mittelfristig weiterhin auf Energieimporte angewiesen – und setzt dabei vor allem auf verflüssigtes Erdgas (LNG), das tiefgekühlt auf minus 160 Grad per Schiff angeliefert werden kann. Bislang hat Deutschland dafür keinen eigenen Terminal und ist auf

LNG-Annahmestellen wie Rotterdam angewiesen, wo das tiefgekühlte Erdgas wieder erwärmt und in Verdampfungsanlagen wieder in den gasförmigen Zustand versetzt wird. Das ist aufwendig und teuer – weshalb LNG auch teurer ist als Erdgas, das via Pipeline transportiert wird.

Nun sollen LNG-Terminals in Brunsbüttel und Wilhelmshaven so schnell wie möglich gebaut werden: "Wir werden umsteuern, um unsere Importabhängigkeit von einzelnen Energielieferanten (wie Russland) zu überwinden", sagte Scholz am Sonntag während der historischen Sondersitzung des Bundestags.

And the winner is ...USA

Während Deutschland den Bau der Terminals beschleunigt, ändern zahlreiche LNG-Superfrachter ihren Kurs. Sie steuern nicht mehr asiatische Häfen an, sondern nehmen Kurs auf Europa. Japan hat zugestimmt, auf Kontingente, die es nicht dringend selbst benötigt, zugunsten Europas kurzfristig zu verzichten. Zudem zahlen die europäischen Kunden derzeit knapp 20 Prozent mehr für die begehrte Ware – was den Lieferanten das Umsteuern erleichtert. Doch auch diese kurzfristige Umverteilung ist keine Dauerlösung.

Das einzige Land, das den Lückenfüller LNG kurzfristig und in großen Mengen nach Europa verschiffen kann, sind die USA. Dank der umstrittenen Fracking-Technologie, die Öl und Gas aus Schiefergestein herauspresst, sind die Vereinigten Staaten inzwischen zum weltgrößten Exporteur von Flüssiggas aufgestiegen, vor Katar und vor Australien. Die USA sind wieder eine Energiesupermacht – und dürften von der Neuordnung der europäischen Energieversorgung kräftig profitieren.

"Freedom Gas" gegen "Putin Gas"

Schon Donald Trump hatte in Europa für das durch Fracking gewonnene "Freedom Gas" geworben – und kräftig gegen den Bau von Nord Stream 2 gewettert. Durch den Krieg in der Ukraine ist die Neigung bei den EU-Ländern stark gewachsen, Energie und Gas lieber vom wichtigsten Bündnispartner zu beziehen, als weiterhin auf Putins Gas angewiesen zu sein. Für die USA ein doppelter Gewinn: Sie binden die Bündnispartner enger an sich – und verdienen zugleich an ihren Energieexporten.

Noch ist Katar der größte Flüssiggas-Importeur in die EU. Nach Angaben der Bundesanstalt Geowissenschaften und Rohstoffe lieferte Katar 2020 rund 27 Milliarden Kubikmeter LNG in die EU, die USA knapp 23. Während Katar neben Europa noch zahlreiche asiatische Länder bedient und die Liefermenge um 10 Prozent zurückfuhr, konnten die USA ihre Lieferungen für die Partner in der EU um knapp 40 Prozent steigern. Gas ist genug da: Im Marcellus-Becken im Nordosten Pennsylvanias zum Beispiel werden noch große Mengen Schiefergas vermutet.

Der steile Aufstieg von Cheniere Energy

US-Produzenten von Flüssiggas wie zum Beispiel Cheniere Energy haben ihre Produktion in den vergangenen Monaten stark erhöht. Das Unternehmen nahm erst 2016 die Produktion auf; inzwischen ist Cheniere der größte LNG-Produzent in den Vereinigten Staaten und zweitgrößter LNG-Betreiber der Welt.

Das Unternehmen mit Hauptsitz in Houston betreibt zwei Verflüssigungsanlagen mit einer Gesamtkapazität von etwa 45 Millionen Tonnen LNG pro Jahr und versorgt Märkte auf fünf Kontinenten. In Texas baut der Konzern gerade seine Kapazitäten weiter aus.

Biden fördert Fracking-Boom

Dieser Ausbau ist auch politisch gewollt. Präsident Joe Biden, der seinen Amtskollegen Wladimir Putin schon vor Monaten als "thug" ("Schurke") bezeichnete, hat Europa fest in den Blick genommen: Nicht der "Schurkenstaat" Russland, sondern die USA sollen Europa künftig mit Energie versorgen. Sollte der Eiserner Vorhang bald wieder an der Ostgrenze Polens heruntergehen, müssten die Europäer zumindest nicht frieren.

Sieben Exportterminals für Flüssiggas haben die USA in den vergangenen 6 Jahren errichtet. Exporte nach Europa sollen zwischen November und Dezember 2021 nach Schätzungen von Experten um rund 75 Prozent zugenommen haben. Und bei den aktuell hohen Preisen sind Förderung und Export von Fracking-Gas für die USA ein glänzendes Geschäft.

Auch Qatargas profitiert von hohen Preisen

Ein weiterer Gewinner der "Zeitenwende", die Kanzler Scholz mit Blick auf die Sicherheitspolitik wie auf die Energieversorgung angekündigt hat, wird aller Voraussicht nach auch Qatargas sein. Das vom Staat Katar kontrollierte Energieunternehmen mit Sitz in Doha betreibt 14 Gasverflüssigungsanlagen für LNG mit einer jährlichen Produktionskapazität von insgesamt 77 Millionen Tonnen.

Der katarische Botschafter in Berlin sagte, das Land sei grundsätzlich zu größeren Gaslieferungen an Deutschland bereit. Die Anbieter in Katar sind jedoch mit großen Mengen ihres Flüssiggases an Langzeit-Verträge mit asiatischen Kunden gebunden. Daher dürfte Katar sein Angebot für Europa nicht so stark ausbauen wie die USA.

Norwegens Equinor am Limit

Fast am Limit produziert derzeit auch der norwegische Gaslieferant Equinor (vormals Statoil), der nach der russischen Gazprom Deutschlands zweitgrößter Erdgaslieferant ist. Equinor muss seine Anlagen derzeit Wartungen unterziehen, was die Produktion einschränkt. Gefördert wird das norwegische Erdgas auf dem Gasfeld Troll in der Nordsee und gelangt nach der Aufbereitung und Reinigung durch die Offshore-Pipelines zu Terminals in Emden und Dornum an der deutschen Nordseeküste. Von dort wird das Erdgas entweder in Erdgasspeicher geleitet oder in das Fernleitungsgasnetz eingespeist.

LNG-Anbieter, Erneuerbare und Rüstungsunternehmen profitieren Flüssiggas-Anbieter, die noch freie Kapazitäten haben oder ihre Produktion rasch steigern können, gehören kurzfristig zu den größten Gewinnern der neuen Energie-Ordnung. Mittelfristig dürften auch Anbieter von Erneuerbaren Energien profitieren, denn der Ausbau von Wind- und Sonnenenergie soll als langfristige Lösung dienen und dafür sorgen, dass Deutschland schrittweise weniger Energie importieren muss.

Mehr Energie steckt Deutschland zugleich in eine bessere Ausstattung der Bundeswehr. Der Schwenk in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der 100-Milliarden-Euro-Sonderetat für die Bundeswehr werden europäischen Rüstungsfirmen volle Auftragsbücher bescheren. Künftig will Deutschland jedes Jahr mehr als zwei Prozent des BIP in Verteidigung investieren – diese zwei Prozent sind seit Jahren die Zielgröße der NATO.

Verlierer: Uniper, Wintershall DEA, OMV

Zu den Verlierern der neuen deutschen Politik gehören zunächst diejenigen Unternehmen, die gemeinsam mit dem russischen Gaskonzern Gazprom die Nord Stream 2 Pipeline finanziert haben. Gazprom hält 50 Prozent an der Projektgesellschaft und finanziert damit die Hälfte der Kosten. Den Rest der Kosten teilen sich die deutschen Konzerne Uniper und Wintershall

DEA, der britische Ölkonzern Shell, der französische Versorger Engie sowie der österreichische Versorger OMV.

Der Öl- und Gaskonzern Wintershall DEA geht bei einem Aus für Nord Stream 2 von einer Entschädigung für die Projektgesellschaft aus. Die BASF-Tochter rechnet damit, dass "die vertraglichen Verpflichtungen gegenüber den Finanzinvestoren erfüllt würden". Wintershall hat der Projektgesellschaft Nord Stream 2 ein Darlehen über 730 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Gesamtkosten waren auf 9,5 Milliarden Euro beziffert worden. Es sei noch zu früh zu beantworten, ob der Stopp für Nord Stream 2 wirklich das endgültige Ende der Pipeline sei, sagte Wintershall DEA Finanzchef Hans Ulrich Engel. Wintershall arbeitet schon seit Jahrzehnten mit Gazprom zusammen. In Westsibirien ist das deutsche Unternehmen an zwei großen Erdgasfeldern beteiligt, aus denen der Stoff über Nord Stream in deutsche Heizungen, Industriebetriebe oder Kraftwerke strömt.

Auch der Düsseldorfer Energiekonzern Uniper muss um Kredite in Höhe von knapp einer Milliarde Euro bangen, die das Unternehmen für Nord Stream 2 zur Verfügung gestellt hat. Die Pipeline sei ein "bedeutendes Einzelrisiko", teilte Uniper in der vergangenen Woche mit. Es geht nicht nur um einen möglichen Ausfall des Kredits, sondern auch um den Wegfall der erwarteten Zinsen. Abgesehen von seinen Investitionen in Nord Stream 2 kauft Uniper außerdem große Mengen Gas bei seinem russischen Partner Gazprom ein, um seine eigenen Lieferverpflichtungen zu erfüllen. Sollte die Verbindung zu Gazprom gekappt werden, müsste Uniper umsteuern und bei anderen Lieferanten einkaufen – zu voraussichtlich deutlich höheren Preisen.

Insgesamt, beruhigt der Bundesverband für Groß- und Außenhandel, sei die Bedeutung Russlands mit einem Anteil von 2,3 Prozent am deutschen Außenhandel recht überschaubar. Für Unternehmen aus der Energiebranche gilt dies jedoch nicht, sie müssen sich auf eine neue Wettbewerb-Situation einstellen.

Langfristig stehe ein Umbau der europäischen Energieversorgung an, sagte Dekabank-Chefvolkswirt Ulrich Kater. Russlands Angriffskrieg in der Ukraine ändere die geopolitischen und ökonomischen Rahmenbedingungen für Europa grundlegend. Ob zu dem "Preis der Freiheit", den Finanzminister Lindner und die deutschen Steuerzahler zu zahlen bereit sind, auch Entschädigungen für die Energiekonzerne Uniper und Wintershall gehören, ist noch offen.